Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umge[illegible]

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar am Sonntag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch [illegible] Mk 5,50 [illegible] von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 134 | Donnerstag, den 11. November 1920. | 59. Jahrgang

Entente-Leben.

Die Lebensverhältnisse in den Ententestaaten lassen viel zu wünschen übrig, sie sind teuer, und [illegible] es auch nicht so arg ist, wie in Deutschland, so ist es doch Tatsache, daß diese siegreichen Völker sich das Leben nach dem Kriege ganz anders gedacht haben, als es heute ist. Die Regierungen haben ihnen ein Paradies auf Erden versprochen, wenn sie aushalten, aber diese Verheißung hat sich nicht verwirklicht. Je nach seiner Lebensauffassung sucht sich jeder die Gründe für diesen Zustand klar zu machen. Die meisten Leute sind wohl ärgerlich, daß Deutschland nicht das zahlt, was sie erwartet hatten, aber ein großer Teil sieht auch ein, daß das besiegte deutsche Reich nicht das übrige Europa schadlos halten kann. Der Weg zum Mitleid oder gar zur Freundschaft ist noch nicht gefunden, aber die Kreise, die nicht von der Politik fanatisiert sind, denken doch, daß die Völker sich nicht für alle Ewigkeit als Todfeinde gegenüber stehen können, weil es nach dem Siege nicht so gekommen ist, wie sie gedacht haben. Leider müssen diese Stimmen sich vor der politischen Ausbeutung der Zeitverhältnisse beugen, die die Gegnerschaft gegen Deutschland ihren Zwecken dienstbar macht.

Die Nationen der Entente haben sich auch nach dem Kriege dem Grundzug ihres Volkscharakters gewahrt, und das kann auch nicht wohl anders sein, denn so schnell ändert sich das Wesen der Völker nicht. Die Engländer entwickeln eine hervorragende Arbeitslust und Geschäftstätigkeit, durch die sie, was auch stimmt, am besten die Wirkungen der Teurung zu beseitigen hoffen. Die Franzosen, die den idyllischen Zustand des irdischen Lebens in der sicheren Erlangung des Zieles, Rentier zu werden, erblicken, die für weitreichenden Unternehmungsgeist viel weniger übrig haben als Engländer und Deutsche, halten bei ihrem geringen Mangel an politischer Schulung bestimmt darauf gerechnet, daß sie durch die deutschen Milliarden von allen ihren Steuersorgen befreit und beschleunigt zur Beschaulichkeit und Behaglichkeit geführt werden würden. Diese Verwirklichung ist nicht gekommen, und der Grimm darüber würde sich bei dem heißblütigen Volke durch sehr energische Attacken gegen die eigene Regierung Luft machen, wenn er nicht durch die nationale Eitelkeit gebändigt würde. Frankreich darf sich nichts vor der Welt vergeben. Davon sind alle Franzosen durchdrungen, auch die meisten Arbeiter, obwohl bei denen eine starke Forderung nach höherem Lohne unverkennbar ist. Denn sie haben bedeutend geringere Einkommen als ihre englischen oder deutschen Kameraden.

Aus Italien stammt das Wort vom süßen Nichtstun, das man allerdings nicht mit Faulheit, sondern mit Genügsamkeit übersetzen soll. Und auch in dieser Beziehung bestehen innerhalb des Landes wesentliche Unterschiede. Der Lombarde und der Neapolitaner können sehr wohl ganz verschiedenen Staaten angehören. Die breiten Volksklassen in Italien haben vor dem Kriege unter der politischen staatlichen und kommunalen Kliquen-Wirtschaft, die die Steuer von sich abzuwälzen wußte, geächzt, und sie leiden jetzt nach dem Ringen erst recht darunter. Die Italiener, die schon an und für sich Egoisten sind, empfinden nur einen sehr beschränkten Patriotismus, und sie sind daher auch von dem Ministerium Giolitti mit Glacehandschuhen angefaßt worden, um eine offene Revolution zu verhüten. Es wäre längst zu derselben gekommen, wenn die Organisationen und die Widerstandskraft der Massen nicht so viel zu wünschen übrig ließen. Jedenfalls ist heute das vorwiegende Gefühl in Italien das der Entrüstung über die Lebensverhältnisse, zu denen die Einnahmen oft in gar keinem Vergleich stehen.

So ist das Volksleben in den drei großen Ententestaaten nicht derart, daß man von einer neuen und großen Aera sprechen könnte. Selbst in England nicht, wo man sich noch am besten mit der gegenwärtigen Lage abzufinden weiß. Kennzeichnend ist, daß in den bolschewistischen Ideen indessen nicht ein Allheilmittel zur Besserung erblickt wird, selbst in Italien nicht. Denn wenn dort Agitatoren diese Lehre verkünden, so sind dies doch mehr Offiziere ohne wirklich gehorsame Truppen. Der italienische Egoismus will auch von der bolschewistischen Suppe das Fett abschöpfen.

Frankreichs Kohlenüberfluß.

Frankreichs Kohlenförderung vor und nach dem Kriege.

Die in der neutralen und in der deutschen Presse aufgetauchten Berechnungen, die zeigten, daß Frankreich einen großen Kohlenüberfluß hat, während man in Deutschland nicht weiß, woher man das notwendigste Brennmaterial nehmen soll, haben Frankreich natürlich sehr unangenehm berührt. In der französischen Presse wurden Gegenrechnungen aufgestellt, die sich zu der Behauptung verstiegen, daß Deutschlands Kohlenversorgung besser sei als die Frankreichs. So rechnet „Journal des Debats" vor, daß Frankreichs Kohlenverbrauch nur 75—77 Prozent des Friedensverbrauches ausmache, während Deutschlands Bedarf fast 82 Proz. ausmache.

Die Zahlen sind natürlich vollkommen falsch und irreführend. Die „Deutsche Allg. Ztg.", die in dieser Frage über ausgezeichnete Sachverständige verfügt, gibt hierzu folgende interessante Zahlen. Sie stellt fest, daß nach der amtlichen französischen Statistik Frankreich 1913 40,8 Millionen Tonnen Kohle selbst gefördert und 18,7 Mill. To. eingeführt, insgesamt also 59,5 Mill. To. jährlich oder rund 5 Mill. To. monatlich verbraucht hat. Nach der vom „Journal des Debats" angegebenen Zahl, die natürlich sehr gering angenommen ist, verbraucht Frankreich jetzt 4,6 Mill. To., also über 90 Prozent des Friedensbedarfs. Rechnet man hierzu noch die 1,7 Mill. To., die Deutschland monatlich nach dem Spa-Abkommen zu liefern hat, so ergibt dies 6,3 Mill. To. monatlich oder 26 Proz. mehr als der Friedensbedarf. Bedenkt man noch, daß durch die auch in Frankreich herrschende Industriekrise der Kohlenverbrauch verringert ist, so kommt man zu der Feststellung, daß Frankreichs Kohlenverbrauch nicht nur vollkommen gedeckt ist, sondern daß das Land noch Ueberfluß an Kohlen hat.

Die Wiederherstellung der zerstörten Gruben.

in den Departements Nord und Pas de Calais macht auch bedeutende Fortschritte. Der Monatsdurchschnitt 1913 betrug in den Gruben des Norddepartements 530 000 To., im August 250 000 To., hat also jetzt bereits, da sie stetig zunimmt, die Hälfte der Friedensförderung erreicht. Manche Gruben sogar fast 90 Prozent, so die Grube von Ostricourt, die im Frieden 62 000, im September 1920 nach „L'Information" bereits 52 000 To. förderte. In zwei Jahren hofft man bereits die Friedensförderung überschritten zu haben, im Departement Pas de Calais, dessen Gruben, wie Lens und Meuresie, vier Jahre Mittelpunkt der schwersten Kämpfe waren, ist die Wiederherstellung etwas schwerer, doch will man nach einer Aeußerung Millerands spätestens 1925 die Friedensförderung erreichen. Durch den Friedensvertrag sind den Franzosen weiter auch die völlig unversehrten und sehr

ausgiebigen lothringischen und Saargruben

zugefallen, die natürlich auch eifrig ausgebeutet werden. Nach Saarbrücker Berichten steigert sich die Ausbeutung der Saarkohlengruben durch die Franzosen von Monat zu Monat. Im Monat Oktober wurde die bisher größte Kohlenmenge aus dem Saargebiet nach Frankreich transportiert. Die französische Regierung hat eine Verbilligung der Saarkohle um zehn Prozent eintreten lassen und große Mengen nach Holland, der Schweiz und Italien verkauft.

Und zu gleicher Zeit quält sich das deutsche Volk unter dem ärgsten Kohlenmangel. Nur Arbeit kann uns retten, ohne Kohle aber keine Arbeit, ohne Arbeit schaffen wir keine Werte, und schaffen wir die nicht, so können wir auch keine „Wiedergutmachungszahlungen" an Frankreich leisten. Frankreich schneidet sich also ins eigene Fleisch, wenn es uns die letzte Kohle, die letzte Arbeits- und Wiedergutmachungsmöglichkeit nimmt, während es schon so vor Kohlenüberfluß nicht weiß, wohin damit.

Oberschlesien.

Die Verstärkungen der Franzosen.

Aus Kattowitz wird dem „Deutschen Schnelldienst" geschrieben: Neue Franzosen sind, wie schon gemeldet, unterwegs und zum Teil bereits an Ort und Stelle angelangt. Auch ist die französische Besatzung um nicht weniger als 200 Tanks verstärkt worden, von denen z. B. in Beuthen neulich 17 Stück eingetroffen sind. Pessimisten sehen in diesen Verstärkungen nur eine neue Unterstützung polnischer Unternehmungen, diesseits wie notfalls — nämlich bei Wiederbeginn des Krieges der Sowjets gegen Polen, der jetzt durch den klimatisch leichteren Winterfeldzug gegen Wrangel abgelöst ist — auch jenseits der Grenze.

Richtiger ist wohl die Auffassung, daß der August-Putsch der Polen zu Erörterungen innerhalb der Entente geführt hat, bei denen die Franzosen den Standpunkt eingenommen haben, sie seien militärisch nicht stark genug gewesen, das Geschehene zu verhindern. Nun ist zwar die deutsche Reichswehr mit dem ersten Polenputsch seinerzeit sehr schnell fertig geworden, obgleich sie nicht annähernd so stark war, wie die Franzosen zur Zeit des August-Putsches: in drei Tagen etwa war ja in der Hauptsache die Ordnung wieder hergestellt. Gleichwohl scheint die Begründung der Franzosen für ihre Haltung in den kritischen Tagen international anerkannt worden zu sein; sie haben auch wohl die Zusicherung erteilt, daß eine Neuauflage der Augusttage sich bis zur Abstimmung nicht wiederholen solle und so haben sie jetzt Verstärkungen herangeholt, sei es, um so nachträglich glaubhaft zu machen, daß sie damals in der Tat zahlenmäßig nicht auf der Höhe waren, sei es, um wirklich überall schnell in hinlänglicher Stärke zur Stelle sein zu können, etwaigen neuen Unfug im Keim zu unterdrücken. Dazu können ja namentlich die Tanks ganz gut sein.

Die bedrohte Abstimmungsfreiheit.

Auch die Aussicht hierauf beseitigt indessen die Besorgnis der Oberschlesier um die Freiheit der Abstimmung selbst durchaus nicht. Die Dinge liegen doch so, daß die Korfanty-Garde mit modernen Feuerwaffen nach wie vor reichlich ausgestattet ist. Den Deutschen hat man ihre Waffen, soweit sie welche hatten, weggenommen, wobei natürlich nur das zur Sicherung der Betriebe oder abseits Wohnender gegen Einbrecher usw. in unsicheren Zeiten Unentbehrlichste in Betracht kam. Denn eine systematische Bewaffnung Deutschgesinnter, wie die Polen sie bei ihren Leuten vorgenommen haben, hat ja nie stattgefunden. An der Bedrohung der deutschgesinnten Bevölkerung, die latent seither besteht, wird auch dadurch nichts geändert, daß man jetzt vereinzelt und zögernd den Werksbeamten usw. ihre ihnen seinerzeit abgenommenen Brownings usw. zurückgegeben hat.

Wenn es so bleibt, wie die Dinge jetzt liegen, so fürchtet man nicht ganz ohne Grund, daß bei der Abstimmung zum mindesten auf dem flachen Lande ein toller Terror die Deutschen einfach hindern wird, zur Urne zu gehen. Die Franzosen müßten ganz anders auftreten als seither, um eine Abstimmung, bei der jedermann seinem Willen ohne Scheu Ausdruck geben könnte, zu ermöglichen.

Was Deutschland fordern muß.

Das Ungeheuerliche der Bedrohung der deutschen Bevölkerung durch bewaffnete Polen muß unter allen Umständen bis dahin aufgehört haben. Hat man den Deutschen ihre wenigen Waffen abgenommen, so sollen auch die Polen ihre vielen hergeben; wenn Ernst gemacht wird mit der Anwendung der entsprechenden Mittel auch auf sie, so ist das durchzusetzen.

Am Abstimmungstage müssen die Straßen im Abstimmungsgebiet unter scharfer Kontrolle gehalten werden, die neuangekommenen Tanks sind dazu vorzüglich geeignet. Gut wäre es ferner, wenn die Abstimmung in den Städten vorgenommen würde; die Landbevölkerung ist so wie so daran gewöhnt, den Weg dorthin wiederholt in der Woche zurückzulegen.

Sehr viel zur Beruhigung der Bevölkerung für den Abstimmungstag würde es beitragen, wenn die Aufrechterhaltung der Ordnung in der kritischen Zeit überall in Oberschlesien gemischten Kommandos der Besetzungsmächte übertragen würde. Die sog. Abstimmungspolizei, die nur zu einem Drittel mit Gewehren und im übrigen mit vorsintflutlichen Revolvern und Schleppsäbeln bewaffnet ist, genügt nicht zur Sicherung der Wahl. Auch muß allen internationalen Interessenten gegenüber deutscherseits kein Zweifel darüber gelassen werden, daß nur das Ergebnis einer freien Wahl auf den Grad von Anerkennung rechnen darf, auf den eine Abstimmung der in Aussicht genommenen Art politisch überhaupt Anspruch erheben kann.

Zur Lage.

° **Die Uebertritte nach Litauen.** Da in den Reichstagsverhandlungen die Frage des Uebertritts deutscher Mannschaften nach Litauen eine gewisse Rolle gespielt hat, nahm ein Vertreter des „Deutschen Schnelldienstes" Gelegenheit, mit dem ostpreußischen Reichstagsabgeordneten Bartschat (Zem.), einem genauen Kenner der Verhältnisse, über die Angelegenheit zu sprechen. Dieser erklärte: „Alle Nachrichten über den Uebertritt deutscher Mannschaften nach Litauen sind übertrieben. Anfang Oktober ist ein Zug von 80 Mann und dann noch ein Zug von 120 Mann über die Grenze gegangen. Ein dritter Zug wurde angehalten. Der Leutnant wurde verhaftet und die Truppe zum größten Teil abgefangen. Einzelne Personen sind allerdings über die Grenze gekommen, aber nur wenige. Alle Behauptungen, daß Maschinengewehre und schwere Geschütze über die Grenze gebracht worden sind, sind unrichtig. Das ganze Gerücht ist durch einen russischen Agenten aufgebracht worden. Nachdem festgestellt war, daß es von ihm ausging, und er festgenommen war, sagte er bei seiner Vernehmung aus, daß er selber nichts gesehen habe, sondern nur vom Hörensagen etwas wisse. Zum Schutze der Grenze sind jetzt drei Schwadronen Reichswehr der Sicherheitspolizei beigegeben worden, so daß von weiteren Uebertritten keine Rede mehr sein kann. Seit dem 15. Oktober, also seit drei Wochen, ist überhaupt kein Uebertritt mehr erfolgt. Der Oberpräsident Siehr hat sofort die nötigen Maßnahmen getroffen, so daß alles in Ordnung ist."

° **Polnische Hetze in Schlesien.** Wie die polnische Irredenta genährt wird, geht aus einer Mitteilung des Schlesischen Heimatdienstes hervor, nach der jetzt bereits in den polnischen Buchhandlungen Posens und in den Grenzgebieten Schlesiens Landkarten ausgehängt werden, in denen alle Orte Schlesiens rechts der Oder mit polnischen Namen eingetragen sind. Was in diesem Gebiet liegt, wird als „unerlöstes" Gebiet bezeichnet. Ferner soll von polnischer Seite in den nächsten Monaten mit Hilfe ausländischen Geldes eine starke Ansiedlung polnischer Landwirte im unbesetzten Schlesien

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201111-11/fragment/page=0001

versucht werden. Zur Abwehr dieser Bestrebungen ist jetzt in Breslau der Schlesische Heimatdienst gegründet worden, dessen Direktorium Mitglieder aller Parteien angehören.

° **Die Errichtung des Freistaates Danzig** scheint jetzt unmittelbar bevorzustehen. Der Vertreter des Oberkommissars, Oberst Strutt, in Danzig hat ein Telegramm von der Botschafterkonferenz erhalten, in dem mitgeteilt wird, daß die Verfassung der Freien Stadt Danzig am 15. November in Kraft treten wird, daß jedoch die gegenwärtige alliierte Verwaltung bestehen bleibt, bis weitere Instruktionen von der Botschafterkonferenz eintreffen. Gleichzeitig ist er von der Botschafterkonferenz ersucht worden, alle Beteiligten aufzufordern, aus diesem Anlaß keine übermäßigen oder herausfordernden Demonstrationen zu veranstalten. Der Vertreter des Oberkommissars hat die Verfassunggebende Versammlung zwecks Verkündung der Freien Stadt für den 15. November einberufen. Demnach ist man bei den Pariser Verhandlungen zu einer Einigung gekommen.

° **Der Verkehr durch den Korridor** bildet immer noch den Gegenstand von Verhandlungen, die zwischen der Entente, Deutschland, Danzig und Polen in Paris begannen und jetzt in Warschau fortgesetzt werden. Hier sollen zunächst Postfragen, dann die Eisenbahnfragen zur Besprechung gelangen. Danzig legt bei diesen Verhandlungen besonders großen Wert darauf, daß seine Verbindungen nach Ostpreußen und Deutschland in ähnlicher Weise geregelt werden, wie die Verbindungen von Ostpreußen nach dem übrigen Deutschland. Deutschland legt vor allem Wert darauf, auf allen Linien, die früher dem Durchgangsverkehr gedient haben, freien, ungehinderten Verkehr zwischen Deutschland, Danzig und Ostpreußen zu erhalten. Polen soll bereit sein, den Wünschen Deutschlands und auch Danzigs entgegen zu kommen.

° **Der 9. November** ist, soweit sich bisher übersehen läßt, im allgemeinen ruhig verlaufen. In Berlin streikten zur Feier des Tages auch noch die Hochbahner — die Straßenbahnen waren ja an und für sich schon durch den Elektrizitätsstreik stillgelegt — während die Stadtbahn verkehrte. Die Zeitungen erschienen nicht. Die preußische Staatsregierung hatte ebenso wie die Reichsregierung angeordnet, daß in den Staatsbetrieben regelmäßiger Dienst zu tun ist, eine Anordnung, der im allgemeinen Folge geleistet worden ist. Die bayerische Regierung hat jede Feier am 9. November verboten. In Sachsen ist der Tag dagegen offizieller Feiertag. Die meisten Länder und Gemeinden haben den Mittelweg gewählt, die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die den Revolutionstag feiern wollten, für diesen Tag zu beurlauben, sonst aber voll zu arbeiten. Zu irgendwelchen unliebsamen Zusammenstößen ist es, soweit bisher bekannt, nicht gekommen. Trotzdem lag in vielen Garnisonen die Reichswehr für alle Fälle in Alarmbereitschaft.

° **Vor der Regierungsbildung in Thüringen.** In dem neuen Freistaat Thüringen war es seit den Neuwahlen noch nicht gelungen, eine Regierung zu bilden. Sozialisten und Rechtsparteien hielten sich die Wage, an der das schwache Häuflein der Demokraten das Zünglein bildete. Diese wollten nun einerseits nicht an einer rein bürgerlichen Regierung teilnehmen, andererseits aber auch nicht mit den Unabhängigen im Kabinett zusammensitzen. Nunmehr wird als letzter Ausweg der Gedanke einer Minderheitsregierung aus Beamten, Demokraten und Sozialdemokraten ernsthaft erörtert. Die Sozialdemokraten haben eine Liste aufgestellt, die neben den Ministern Dr. Paulßen-Weimar (Dem.), Dr. Benz-Meiningen, Freiherrn von Brandenstein-Reuß, der den Stein des Anstoßes bildet, und Frölich-Altenburg (Soz.) einen mehrheitssozialistischen und 2 bürgerliche Staatsräte vorsieht. Die Entscheidung fällt in der auf Mittwoch nachmittag einberufenen Sitzung des Landtages mit der Tagesordnung: Wahl der Regierung.

° **Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren.** In der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren läßt sich die „Augsburger Volksztg.“ aus Berliner parlamentarischen Kreisen melden, daß direkte Besprechungen zwischen einem führenden Mitgliede der bayerischen Regierung, dem Reichskanzler und General Nollet beabsichtigt seien. Das gleiche Blatt brachte eine Meldung aus München, wonach man sich in bayerischen Regierungskreisen der furchtbaren Verantwortung bewußt sei, die ein Widerstand gegen das strikte Ententeverlangen mit sich bringe. Es handelt sich um nicht weniger als die Besetzung des Ruhrgebiets und die Versklavung Deutschlands. Frankreich wolle das Reich zwingen, gegen Bayern vorzugehen und dabei die Reichseinheit vernichten. In Bayern würde man sich gegenüber diesem Plane Frankreichs bereit finden, die Einwohnerwehren noch dem Muster der übrigen Länder einzurichten, sodaß die Ruhe und Ordnung nicht gestört wird und gleichzeitig die Franzosen keinen Vorwand hätten, gegen das deutsche Reich vorzugehen.

Kleine politische Nachrichten.

° **Berlin.** Der Reichspräsident hat am Montag den neuernannten Gesandten von Uruguay, Dr. Zusviela Guarch, den bisherigen königl. norwegischen Gesandten v. Ditten und den neuernannten königl. norwegischen Gesandten Wollebaek empfangen.

° **Berlin.** Im Reichsarbeitsministerium ist mit den zuständigen Angestelltenorganisationen ein Reichsmanteltarif für die Reichs- und preußischen Staatsangestellten abgeschlossen worden.

° **Essen.** Vom 20.–24. November findet in Essen der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften statt.

° **München.** Der Senior des Hauses Wittelsbach, Herzog Ludwig in Bayern, ist im Alter von 90 Jahren in München gestorben.

Auslands-Rundschau.

÷ **Freilassung der Bromberger Deutschenführer.** Wie W.T.B. meldet, sind von den in Bromberg Verhafteten bisher wieder freigelassen: der Fürsorgekommissar Rechtsanwalt Dedeck, Sanitätsrat Dr. Dietz, Direktor Dr. Jahn, Vorstandsmitglied der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen, Direktor der Treuhandgesellschaft Kühlwein, Herr Hoelze vom früheren Bunde der Landwirte und Kunstschriftsteller Meißner. In Haft befinden sich gegenwärtig noch: der Leiter der Deutschen Vereinigung Graebe, der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Handwerker Dobbermann, Studienrat Heidelock und Buchhalter bei der Deutschen Volksbank, Blumenthal. Ueber die Angelegenheit finden weitere Verhandlungen statt.

÷ **Vom Kleinkrieg in Irland.** In Londonderry wurden in der Nacht zum Sonntag fünf Polizisten erschossen oder verwundet. Hierauf wurden mehrere, Sinnfeinern gehörige Häuser in Brand gesteckt. Die Brandstifter feuerten auf die Wasserpumpen. Das Bomben-, Gewehr- und Revolverfeuer dauerte die ganze Nacht. Die Sinnfeiner haben die unbesetzte Küstenwachstation Torrhead in der Grafschaft Antrim eingeäschert. Es wird berichtet, daß bei dem Zusammenstoß mit Polizisten und Militär in der Nähe von Tralee sieben Sinnfeiner getötet wurden.

*

÷ **Portugal.** Der deutsche Gesandte Dr. Voretzsch hat dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht, der neuernannte Gesandte für Deutschland, Lambertini Pinto, ist nach Berlin abgereist.

÷ **Griechenland.** In Athen kam es am Sonntag zu einer gewaltigen monarchistischen Kundgebung, an der 60000 Personen im wahlfähigen Alter teilnahmen.

Aus Stadt und Nachbarschaft.

Teuchern, den 10 Nov. 1920.

⌗ **Ein neuer 1-Mark-Schein.** Es kommt ein neuer Darlehnskassenschein im Werte von 1 Mark in den Verkehr. Der neue Schein unterscheidet sich vom alten durch die Größe und durch die Farbe. Er ist einige Millimeter kürzer als der jetzt im Kurse befindliche, hat aber die gleiche Höhe. Die Grundfarbe der Vorderseite ist ein gelbliches Grün. Das Mittelstück zeigt die Wertangabe 1 Mark. Darüber in grober Schrift „Darlehnskassenschein Eine Mark“ und ganz oben im Feld in roten Ziffern die Kontrollnummer. Von gleicher Farbe ist links der Stempel der Reichsschuldenverwaltung mit dem neuen deutschen Adler (ohne Krone) und rechts der gleiche Stempel in farbloser Prägung. Die Rückseite ist bläulich-grün und zeigt wieder im Mittelstück eine 1, rechts und links in den Ecken die Bezeichnung „Eine Mark“ und noch einmal in schwarzen Feldern der Zeichnung die Wertangabe. In der Stärke des Papiers unterscheidet sich der neue Schein wenig von dem alten.

⌗ **Kältesturz.** Nach einwöchiger Dauer, von einem Neumond bis zum andern, scheint sich die Kälte aus Mitteldeutschland, wo sie am stärksten auftrat, endlich entfernen zu wollen. Damit könnte der Winter es im alten Jahre genug sein lassen. In den Kohlenkeller haben diese Wochen ein tüchtiges Loch gerissen, das wir mit umso peinlicheren Empfindungen betrachten, wenn wir hören, daß die Franzosen außer den Spa-Kohlen noch ganz bedeutende Mengen aus dem von ihnen besetzten Saargebiet beziehen. Die Produktion dort war seit 1918 noch nie so hoch, wie jetzt. Unsere westlichen Nachbarn haben im Ueberfluß, und wir müssen im Hinblick auf spätere Möglichkeiten fortfahren, mit Licht und Heizung zu sparen.

— **Reichsnotopfer.** Entgegen immer wieder auftretenden Gerüchten, daß bei der Zahlung des Reichsnotopfers selbstgezeichnete Kriegsanleihe auch nach dem 31. Dez. 20 gezahlt werden könne, teilt die Industrie- und Handelszeitung mit, daß eine Verlängerung dieser Frist keinesfalls beabsichtigt ist.

⌗ **Anmeldungen zu den kirchlichen Wählerlisten.** In den nächsten Tagen läuft der Endtermin für die Anmeldung zu den kirchlichen Wählerlisten ab. Jeder kirchliche Wähler muß sich persönlich anmelden entweder schriftlich auf einem im Kirchenbüro erhältlichen Formular oder mündlich im Pfarrhause oder bei einem Mitglied des Gemeindekirchenrats. Bei dem bevorstehenden Wahlkampf ist unbedingt notwendig, daß jeder sich in die Wählerliste eintragen läßt und später auch seine Stimme abgibt.

— Unsere deutsche Volkswirtschaft, die nach dem heutigen Stande bald zu einem Chaos zu führen droht, hat auch in Teuchern eine Anzahl Männer veranlaßt, sich zu einer Vortragsvereinigung zusammen zuschließen, die sich die Aufgabe gestellt hat, aufklärend unter unseren Mitbürgern zu wirken. Zu diesem Zwecke hat sie verschiedene wissenschaftlich gebildete Herren zu einer Reihe von Vorträgen für die nächsten Monate verpflichtet. Das Vortragsprogramm enthält sich jeder Partei und baut sich auf rein wissenschaftlicher Grundlage auf. Die erste Zusammenkunft zur endgültigen Festlegung des Programms findet am Sonnabend, den 13. 11. 20. in Bertholds Restaurant statt. (Wir verweisen dieserhalb nochmals auf die Anzeige im Inseratenteil.)

— **Kammermusikabend.** In der Vortragsfolge des Musikabends ist eine Aenderung, die ersten beiden Stücke betreffend, eingetreten. Wir empfehlen die Anzeige auszuschneiden.

— **Fußballsport.** Am vergangenen Sonntag standen sich im Verbands-Wettspiel Friesen I Naumburg gegen Sportverein. I auf hiesigem Platze am Bahnhofe gegenüber. Das Spiel endete mit unentschiedenem Resultat 0:0. Die Hiesigen hatten trotz ihrer Ueberlegenheit nicht das Glück einen Sieg zu erringen, denn die Gäste bewachten ihr Heiligtum bis zum Schluß durch ihre schnellbeinige Verteidigung sehr gut. Außerdem trafen sich im Gesellschaftsspiel Korso III Leipzig gegen Sportverein. III. Auch dieses Spiel brachte ein unentschiedenes Resultat von 1:1 ein. Die hiesige Mannschaft war die bessere. Ferner begegneten sich noch im Gesellschaftswettspiel I Jug. 05 Naumburg und I. Jug. der Sportvereinig. Endergebnis 0:0.

Zeitz, 8. Nov. Der Eilgütenbodenarbeiter Schilling wurde wegen Bahnguтdiebstahls festgenommen. Er hat Güter im Werte von über 100000 Mk. gestohlen.

Artern, 8. November. Ein auf dem Gute in Heygendorf beschäftigter Berliner Arbeiter wollte gestern nach Hause fahren, um seinen Kindern etwas Nahrungsmittel und Geld zu bringen. Zu diesem Zwecke hatte er verschiedene Lebensmittel eingekauft und wanderte in Begleitung zweier Mitarbeiter — wie man sagt, Polen — zum Bahnhof nach Artern. Unterwegs wurde er überfallen, der Hals mit einer Garbenschlinge abgeschnürt und dann mit einem Messer bis auf den Halswirbel durchgeschnitten. Die Mörder verbargen den Ermordeten im Scheidegraben unter der Brücke und deckten den Toten mit Steinen zu, wo er gestern gefunden wurde. Die Lebensmittel und das Geld, einige hundert Mark, waren geraubt. Die Polizei ist in fieberhafter Tätigkeit, um die Mörder zu ermitteln.

Schweres Explosionsunglück in Berlin.

Im Vorderhause Hennigsdorfer Straße 24 ereignete sich Donnerstag eine schwere Explosion in einer Wohnung des dritten Stockes. Die Frontwand wurde nach der Straßenseite herausgedrückt; Zwischenwände, Fußboden und Decken wurden zertrümmert. Ein Mann wurde getötet, zwei Frauen und zwei Kinder wurden schwer verletzt. Unter gewaltigem Krachen löste sich ein großer Teil der Vorder-Fassade des Hauses vom Dachstuhl bis zum dritten Stockwerk und stürzte auf die Straße nieder. Eine mächtige Staubsäule hüllte das ganze Gebäude ein. Aus allen Wohnungen des dichtbewohnten Hauses stürzten schreiende Menschen, und laute Hilferufe ertönten. Auch aus der Hinterwand des Hauses fielen große Mauerteile herab. Die Decke des dritten Stockwerks brach ein, Möbelstücke flogen auf die Straße. Der Sohn des bei der Explosion ums Leben gekommenen Arbeiters Kaschub und der Verwandte des Getöteten, der Maurer Gerstorf, sind festgenommen worden wegen fahrlässiger Tötung, Körperverletzung und Diebstahls von Munition. Wie der junge Kaschub angibt, ist er am 2. Oktober mit seinem Vater nach Döberitz gefahren, wo sie etwa 30 bis 40 Zünder von 7,5- und 10-Zentimeter-Geschossen fanden, die sie nach Hause schleppten und dort öffneten. Bei dieser Gelegenheit hat sich dann das Explosionsunglück ereignet. Die Hauptschuld an dem Unglück trifft nach Angaben des Sohnes den Vater Kaschub, der mit den Sprengkapseln leichtsinnig umgegangen sei.

Dämon des Lebens.

Kriminalerzählung von A. Ostland.

Fortsetzung [illegible] Nachdruck verboten.

„Auch Sie, gnädige Frau?“

„Gewiß,“ sie richtete ihre hohe Gestalt noch höher empor, „denn, Herr Doktor, ich weiß, daß Wilhelm von Ramin hier war, und daß er verunglückte.“

Herbert fuhr auf. „Davon haben Sie mir kein Wort gesagt,“ rief er, „und — und Sie kamen doch vom vorderen Gittertürchen her.“

Hesselbach sah scharf von einem zum andern.

„Gnädige Frau,“ sagte er dann, „ich möchte nun vor allem andern Sie bitten, mir zu erzählen, wie die Sache zusammenhängt. Also: Herr von Ramin war gestern hier? Bei Herrn Hauptmann Willstadt?“

„Nein,“ entgegnete Lilian, „er war bei mir. Er kam um neun Uhr, fuhr mit einem Wagen bis zum Feldweg und ging dann rückwärts bis zum kleinen Türchen, wo ich ihn bereits erwartete. — Du, Edith, kannst die Wahrheit meiner Angaben bezeugen.“

Das junge Mädchen nickte. Herbert, der noch immer neben ihr stand, trat einen Schritt zurück.

„Und gestern, gestern hast du mich angelogen?“ fragte er, noch immer zweifelnd. „Ist das möglich, Edith? Du hast um den Besuch meines Onkels hier gewußt?“

Ein tiefes Rot stieg langsam in Ediths feines Gesicht. Aber zu antworten brauchte sie nicht, denn Lilian tat dies für sie.

„Ja, wir logen gestern beide,“ sagte die Frau ruhig, „ich hatte Edith darum gebeten. Meinetwegen. Nun sehe ich es ein: die Sache ist unhaltbar. Ich fürchtete, daß niemand mir den plötzlichen Tod Herrn von Ramins glauben würde. Die Nebenumstände sind ja auch seltsam genug. Uebrigens, haben Sie, Herr Doktor,“ sie wandte sich nun direkt an Ramin und sah ihn mit einem sprechenden Blicke an, „haben Sie schon genaue Angaben gemacht über das, was Sie selbst erlebten?“

Ihre Stimme zitterte nun doch merklich. Herbert schüttelte den Kopf: „Nein, ich kam noch nicht dazu.“

„Nun,“ unterbrach ihn Lilian schnell, „dann lassen Sie erst mich sprechen! Ihre Braut,“ sie betonte das Wort stark, „Ihre Braut hat ja auch nichts anderes erlebt als das, was ich nun teilweise besprechen muß. Also: Herr Wilhelm von Ramin war hier. Bei mir im Gartenhaus. Wir sind langjährige Bekannte. Er hat mich schon in meiner Stadtwohnung öfters besucht.“

„Ich weiß,“ schob Hesselbach ein, „darüber lag mir eine Anzeige vor.“

Sie schien einen Moment unsicher zu werden. Dann aber trat in ihr Gesicht ein Zug wie Trotz.

„Er kam öfters“, fuhr sie fort. „Und so auch gestern. Als er fortging, geleitete ich selbst ihn zu dem Türchen und blieb außerhalb desselben wartend stehen, bis seine Schritte schon fast verklangen. Da hörte ich plötzlich einen Schrei. Ich lief erschreckt in der Richtung gegenden Tümpel. Ich sah eine große, zusammenbrechende Gestalt, hörte das jähe Aufrauschen des Wassers, und dann sah ich einen Mann mit weiten Sprüngen gegen die Gasse zueilen. Ich wollte ihn verfolgen, aber da kam schon ein Wachmann mit einem zweiten Mann heran. Zugleich vernahm ich, daß jemand scharf an der Klingel des großen Tores anriß. Ich dachte bestimmt, ich hätte Ramin in der Dunkelheit nicht gesehen. Er sei vielleicht doch zurückgelaufen und begehre jetzt Einlaß. Da ich aber bereits dicht neben dem vorderen Tore war, schloß ich dieses schnell auf. Der Läutende war aber nicht Ramin, sondern Sie waren es ...“

Sie machte eine leichte Handbewegung gegen Herbert hin. Hesselbach stand erregt auf:

„Ramin,“ sagte er, „nun reden Sie endlich! Was hörten Sie? Zuerst auch den Schrei?“

„Ja“, entgegnete Herbert entschlossen. „Ich hörte den Schrei. Und natürlich lief ich hinzu. Aber ich habe auch nichts mehr gesehen. Nur — nur“, er begann sich zu verwirren. Was sollte er nun sagen? Weshalb blickte Lilian ihn immer so an? Flehend, fast beschwörend ...

„Nur Herrn Hauptmann Willstadt fanden Sie, nicht wahr?“ vollendete sie an seiner Statt, „der Hauptmann hatte nämlich auch den Schrei gehört“, wandte sie sich wieder an Hesselbach. „Und selbstverständlich ging er als sorgsamer Hauswirt gleichfalls nachsehen, was es gebe. Er kam allerdings nur bis zum Tore. Dort muß er über die großen Steine gefallen sein. Denn Herr Herbert von Ramin fand ihn da; er lag halb bewußtlos und hat am Hinterkopf eine Wunde von dem Auffallen. Herr von Ramin brachte ihn herein, und wir sorgten, ihn gleich zu Bett zu bringen. Ich war sehr erschüttert durch den Gedanken, daß Wilhelm von Ramin vielleicht verunglückt sei. Aber ich habe darüber geschwiegen, denn, war wirklich ein Unglück geschehen, dann wäre ja doch jede Hilfe längst zu spät gekommen und — und —“

Lilian wurde nun doch unsicher. Herbert wollte ihr ins Wort fallen, aber Hesselbach hob gebieterisch die Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201111-11/fragment/page=0002

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten in Teuchern am Montag, den 8. November 1920.

Anwesend Bürgermeister Schilken, Mag.-Ass. Kaack, Stadtv.-Vorst. Scharfenberg, Schriftführer Stadtsekretär Gölitz und 19 Stadtverordnete.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Herr Bürgermeister Schilken das Wort. Er teilt mit, daß Herr Polizeiwachtmeister Meinecke auf Grund eines beigebrachten ärztlichen Gutachtens zum 1. Januar 1921 seine Pensionierung beantragt hat. Außerdem macht er Ausführungen über die Kartoffelversorgung. Ausgehend von den Ereignissen in Zeitz und Weißenfels, der Sitzung der Vertreter der Behörden mit denen der Bauernschaft am Sonnabend in Weißenfels, verliest er den Aufruf des Landrats an die Landwirtschaft. Er berichtet ferner von einer am Montag vorm. stattgefundenen Sitzung der Bürgermeister und Amtsvorsteher des Kreises, in der von berufenen Vertretern der Bauernschaft erklärt worden ist, daß zur Beunruhigung gar kein Anlaß vorliege. In dieser Sitzung ist beschlossen worden, für jeden Amtsbezirk eine Feststellungskommission zu bilden. Der Bürgermeister kommt dann auf die Versorgungsverhältnisse Teucherns zu sprechen. Sie seien besser als anderswo, denn nach der Erhebung im August—September sei der Bedarf der Stadt an Kartoffeln bis 1. Juli n. Js. gedeckt. Erst dadurch, daß 1068 Personen, die sich anfangs selbst mit Kartoffeln eindecken wollten, dies aber nicht konnten, sich in letzter Zeit zur Versorgung anmeldeten, müssen noch ca. 2259 Zentner aufgebracht werden. Es besteht aber die Hoffnung, daß wir mit unserer Kartoffelversorgung zurecht kommen werden. Nur wenn das eintreten sollte, was in den letzten Tagen in den Zeitungen angedeutet wurde, nämlich durch Streifzüge in die Dörfer sich selbst Kartoffeln zu verschaffen, dann würde die Kartoffelversorgung in Frage gestellt und dann könne die Stadtverwaltung keine Verantwortung für die ausreichende Kartoffelversorgung übernehmen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag der Frau Wiebach um Gewährung einer Entschädigung über ein abgetretenes Stück Acker zur Verbreiterung des Weges in der Siedlung. Laut Magistratsbeschluß soll Frau Wiebach für das 62 qm große abgetretene Stück 1 Mk. pro qm Entschädigung erhalten. Die Versammlung beschließt ebenso.

2. Erhöhung der Stationsgelder für die Kranken- und Kinderschwester. Die Angelegenheit wird bis zur völligen Klärung vertagt.

3. Beschlußfassung über die Beschaffung von 6 stationären Kontrollstechuhren für die Nachtpolizeibeamten und Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel. In längeren Ausführungen macht hierzu der Bürgermeister die Versammlung mit einer geplanten Neuorganisation des Nachtschutzdienstes bekannt. Verschiedene im Laufe der Aussprache geäußerte Bedenken werden zerstreut. Die Versammlung tritt dem Magistratsbeschlusse bei, wonach 6 stationäre Kontrolluhren angeschafft werden sollen und die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 3300 Mk. bewilligt werden.

4. Isolierung der Wasserleitung (Pumpe und Hochbehälter) und Kanalisation des Grabens hinter dem Haaseschen Grundstück. Die Versammlung beschließt die Isolierung des Wasserbehälters mit Torfmull, die Aufstellung eines Koksofens im Pumpenhäuschen, die Kanalisierung der Rinne am Haaseschen Grundstück und die Anlegung eines Abflusses vom Ententeiche in Schlafs Garten. Sämtliche Arbeiten sind von der in voriger Woche anwesend gewesenen Kommission zur Abnahme der Wasserleitung als unbedingt notwendig gefordert worden. Herr Schlaf hat sich bereit erklärt, zu der sein Grundstück betreffenden Arbeit die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Die erforderlichen Mittel werden bewilligt und dem Magistrat sofortige Inangriffnahme aufgegeben.

5. Uebernahme der Baukostenzuschüsse für die Siedler Trebst, Ehrlicher, Bliedtner und Staudte in Höhe von je 7830 Mk. Verschiedene Anträge und Beschwerden obengenannter Siedler an Stadt und Regierung, die verlesen werden, verlangen Uebernahme des Viertels der Ueberteuerungszuschüsse auf die Stadt. Der Magistrat hat in einer früheren Sitzung einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und ist auch nach einer neuen Sitzung zu der einer der Siedler hinzugezogen war, zu demselben Beschluß gekommen. Längere Ausführungen des Beigeordneten Hinniger, der als stellv. Bügermeister die Angelegenheit bearbeitet hat, beleuchten die durch die mißlichen Zeitverhältnisse bei der Siedlung geschaffenen Schwierigkeiten. Nach längerer Aussprache kommt die Versammlung zu demselben ablehnenden Beschlusse.

6. Erhöhung der Pflegekosten im städtischen Krankenhause mit Wirkung vom 1. Nov. d. Js. ab. Der Erhöhung der Pflegekosten von täglich 7,50 auf 10,— Mk. vom 1. Nov. ab wird zugestimmt.

7. Beschlußfassung über die Erhöhung der Hundesteuer. Ein Magistratsbeschluß sieht die Erhöhung der städt. Hundesteuer auf 45 Mk. vor, sodaß die Gesamthundesteuer einschl. 5 Mk. Kreissteuer 50 Mk. betragen wird. Ein Protest des „Vereins für Hundezüchter u. Freunde", der verlesen wird, wendet sich hiergegen. In der Aussprache wird eine Staffelung zwischen Kettenhunden und Luxushunden empfohlen. Ebenso wird einer höheren Besteuerung eines 2. und 3. Luxushundes das Wort geredet. Der daraus sich ergebenden Schwierigkeiten wegen, wird von einer Aenderung abgesehen und dem Magistratsbeschluß entsprechend beschlossen.

8. Neuanpflanzung von Kirschbäumen auf dem Krähenberge und der Lehmgrube. Der Neuanpflanzung wird zugestimmt. Die Mittel zur Beschaffung der Bäume in Höhe von 2050 M., wovon die Landwirtschaftskammer $^2/_3$ trägt und der sonstigen Pflanzungskosten von ca. 950 M. werden bewilligt.

Eine sich anschließende Aussprache betraf Tätigkeit der Wohnungskommission, Verpachtung des städtischen Feldes auf dem Bahnberge, die Verunreinigung der Zeitzer Straße vor dem „Gasthof zur Sonne" durch Hinschütten von Spülwasser, die Lichtverhältnisse der Baderstraße, die Butterbelieferung und die Schlachtung von Schweinen in der Roßschlächterei Hinniger.

Volksleben und Wirtschaft.

= **Wieder Fleischrationierung?** Wie die Düsseldorfer Stadtverwaltung mitteilt, hat nach Aufhebung der Fleischrationierung eine derartige Massenschlachtung von Vieh aller Art eingesetzt, daß die Viehbestände rapid abgenommen haben. Infolgedessen wird neuerdings innerhalb der Regierung die Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung von Fleisch erwogen.

= **Pommersche Landwirte** haben den Selbstkostenpreis für Kartoffeln, den Morgen zu einem Ertrage von 60 Zentnern bemessen, auf 27,65 M. je Zentner gerechnet. Dabei sind Gespanne und Arbeitslöhne nach den heutigen Sätzen berechnet. In Mittel- und Süddeutschland weicht man von diesem Selbstkostenpreis zum Teil nicht unerheblich ab, Es werden jetzt größere Posten zu 20—25 Mack geliefert. Für die Hausfrauen kommt als Brotaufstrich jetzt der Rübensaft aus den Zuckerfabriken in Betracht. Da der Höchstpreis 2,90 M. für das Pfund beträgt, ist der Syrup immerhin etwas billiger als Marmelade und nun gar als Kunsthonig.

= **Die erste definitive Einschätzung** für die neue Reichseinkommensteuer auf Grund der Einnahmen des Jahres 1920 steht bevor. Sie wird, soweit dieselbe noch nicht stattgefunden hat, mit einer Personenstandsaufnahme eingeleitet. Der Unterschied zwischen früher und heute ist also der, daß früher das steuerpflichtige Einkommen eines Steuerjahres nach dem Ertrage des vorangegangenen Kalenderjahres berechnet wurde, während es jetzt nach dem Ertrage des laufenden Jahres angesetzt wird. Das steuerpflichtige Einkommen steht also heute „auf aktueller Höhe". Die im Sommer übermittelte Steuerveranlagung der Finanzämter war nur eine vorläufige, die sich auf der Einschätzung des Jahres 1919, mithin nach dem Einkommen von 1918, gründete. Da die Einkommen von 1920 ganz andere waren, als die von 1918, wird natürlich die definitive Steuereinschätzung ganz anders ausfallen, wie die vorläufige. Daß das Leben heute sehr viel schwerer ist, als früher, kommt leider für die Steuerveranlagung nicht ohne weiteres in Betracht. Einkommen der Kinder sind denen der Eltern zuzurechnen.

= **Deutscher Ostseeverkehr.** Der Norddeutsche Lloyd wird voraussichtlich von Ende November ab seine Ostseefahrten Swinemünde—Danzig, die auch während des Winters betrieben werden sollen, durch eine neue Linie von Danzig nach Pillau und Libau erweitern. Die Abfahrten von Danzig und Libau sollen zweimal wöchentlich stattfinden. Der in diese Linie einzustellende neue Dampfer wird neben Passagieren, Expreßgut und Gepäck in geringerem Umfange auch Frachtstückgüter befördern. In Pillau wird Anschluß an den Seedienst Ostpreußen nach und von Swinemünde vorhanden sein, sodaß die Linie nicht nur einen durchgehenden Verkehr von Danzig nach Libau, sondern auch eine unmittelbare Anschlußverbindung von Libau nach Swinemünde und umgekehrt bilden wird.

= **Was bleibt von der Mark übrig?** Ende der letzten Woche galten an der Börse in Zürich 100 M. nur noch 7,87½ Franken gegen 8,22 Franken acht Tage vorher. Diese Kursnotierung ist geradezu grotesk, daß es mit Deutschland nicht gut bestellt ist, das wissen wir leider, aber daß eine Mark noch nicht 8 Centimes wert sein soll, das ist denn doch etwas stark.

Allerlei aus aller Welt.

* **Bevorstehende Beilegung des Berliner Streiks.** Die Verhandlungen, die Montag und Dienstag ununterbrochen stattfanden, lassen auf ein baldiges Ende des wilden Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter schließen. Die Elektrizitätsarbeiter haben dem Gesamtbetriebsrat der Berliner Gemeindearbeiter die Streikleitung übertragen. Diese stellte in einer Nachversammlung das Ergebnis der Urabstimmung der Gemeindearbeiter und -Angestellten fest. Hiernach hatten von 40 000 Stimmberechtigten 12 699 für und 14 289 gegen den Schiedsspruch gestimmt, die für den Streik erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht. Daraufhin hat der Gesamtbetriebsrat sich zwar für Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben erklärt, den Schiedsspruch aber abgelehnt und neue Verhandlungen gefordert. Es ist also zu erwarten, daß ab Mittwoch das Wirtschaftsleben Groß-Berlins seinen geordneten Gang geht.

* **Ende des oberschlesischen Streiks.** Der Streik der oberschlesischen Elektrizitätswerke in Chorzow dauerte auch Montag noch an, während in Zaborze die Technische Nothilfe sich so eingearbeitet hatte, daß das dortige Werk in der Stadt in vollem Umfange im Betrieb war. Montag fand in Kattowitz eine bis tief in die Nachmittagsstunden hinein dauernde Sitzung sämtlicher Betriebsräte Oberschlesiens statt. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß um 6 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

* **Ein Opfer falschen Verdachtes.** Einem bedauernswerten Irrtum ist eine in der Abteilung für Lungenkranke des städtischen Hospitals in Buch angestellte Krankenschwester zum Opfer gefallen. Einer anderen Angestellten des Hospitals war eine goldene Uhr entwendet worden, und der Verdacht fiel auf die Krankenschwester. Trotzdem diese ihre Unschuld wiederholt beteuerte, kamen die teils heimlich, teils offen geäußerten Verdächtigungen nicht zur Ruhe, so daß sich die Beschuldigte beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Sie schloß sich in ihrem Zimmer ein und vergiftete sich mit Kokain. Die Uhr fand sich kurz darauf in einem Krankensaal wieder an, wo sie die Eigentümerin offenbar hatte liegen lassen.

* **Nepplokale** ist der Name für Wirtschaften, in welcher entweder Wucherpreise für zweifelhafte Darbietungen alkoholischer Art oder überhaupt nur exorbitante Preise berechnet werden, wie jetzt in einem Berliner Nachtlokal, wo es als Gebräu nur zwei Sorten Champagner zum Preise von 220 und 400 M. pro Flasche gab. Der Name, wie auch die Geschäftsgebahrung dieser Lokale ist aber keineswegs modern, sondern sie stammen schon aus der Gründerzeit nach 1871. Damals war das „Neppen" freilich selbst in Berlin sehr harmlos, aber die Zeitungen regten sich schon darüber auf, wenn in Lokalen mit Bedienung von zarter Hand eine Flasche sogenanntes Kitzinger Bier für 50 Pfennige verkauft wurde. Mit großer Entrüstung wurde strenge Bestrafung gefordert, die denn auch den Missetätern wegen Betrugs zu Teil wurde. Dies Treiben war ja auch nicht schön, aber gegen heute war diese alte Zeit wirklich eine recht gute.

* **Verhängnisvoller Wortwechsel.** Aus Kassel wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Angehörige der Reichswehr, die auf dem Wege zur Kaserne waren, von zwei Zivilpersonen und deren Begleiterin belästigt. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf ein Soldat von der Begleiterin eine Ohrfeige erhielt. Als die Soldaten sich zur Wehr setzten, zog ein Zivilist einen Dolch und brachte dem einen Soldaten eine lebensgefährliche Stichwunde am Unterleib bei, dem anderen eine gefährliche Brustverletzung. Die schwer verletzten Soldaten wurden von der grünen Polizei aufgefunden, die ihre Ueberführung in das Lazarett veranlaßten. Ihr Zustand ist bedenklich. Als Täter wurde ein in der Sedanstraße wohnender Kaufmann, dessen Frau und Bruder verhaftet.

Ⓒ **Die Breslauer Konsulatsstürmer vor Gericht.** Vor dem Schwurgericht in Breslau begann Montag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Möller die Verhandlung gegen 20 Personen, die an der Plünderung und Zerstörung des polnischen und französischen Konsulats am 26. August teilgenommen haben, wegen Landfriedensbruchs. Für die Verhandlung sind etwa zwei Wochen in Aussicht genommen.

Das Rauchen der Frauen. Nicht nur aus großen Städten, sondern auch aus der „Provinz" wird ein starkes Wachstum im öffentlichen Rauchen von Frauen und Mädchen in Cafes und anderen Lokalen konstatiert. Bei uns in Deutschland besteht heute noch eine hochgradige Abneigung gegen diese Sitte, und besonders in Mittel- und Kleinstädten ist man gewöhnt, Raucherinnen als „zweifelhafte" Elemente zu bezeichnen. Diese Auffassung läßt sich aber nicht mehr durchweg aufrechterhalten. Es sind viele weibliche Personen aus dem Osten und aus exotischen Ländern in die deutsche Heimat zurückgekehrt, die aus ihrem früheren Wohnsitz das Rauchen als eine dort landesübliche Sitte mitgebracht haben. Man wird nicht gut verlangen können, daß sie ohne weiteres darauf verzichten sollen, heute, wo so vieles neu geworden ist, was nicht so harmlos ist, wie eine bescheidene Zigarette. Auch die mangelhafte Ernährung hat mit zu dem Rauchen geführt, und in diesem Falle wird man es ebenfalls nicht in Grund und Boden verurteilen können. Etwas anderes ist es, wenn Frauen und Mädchen rauchen, nur um die Mode mitzumachen.

Die Eheschließungen haben sich in zahlreichen Städten gegenüber 1913 direkt verdoppelt, und die jungen Paare bis zum 20. Lebensjahre nehmen darunter stellenweise einen erheblichen Prozentsatz ein. Eigener Herd ist Goldes wert, aber daß es unter den heutigen Verhältnissen junge Leute um die Zwanzig herum nun so eilig mit dem Heiraten haben müssen, kann man freilich nicht gerade sagen.

Eingesandt.

Die Schriftleitung übernimmt für Artikel unter dieser Rubrik lediglich die preßgesetzliche Verantwortung.

Stenographie. Das veraltete System Gabelsberger hat es, trotz des Lehrzwanges in den Schulen mehrerer Südstaaten nicht vermocht, die erste Stelle der Unterrichtstätigkeit zu behaupten. Seit mehreren Jahren ist es durch System Stolze-Schrey überflügelt, da Stolze-Schrey leichter erlernbar ist, die Zeichen der Hand gefälliger sind und es daher in der Praxis bevorzugt wird. Nicht staatlicher Zwang sondern die Forderungen der Praxis haben Stolze-Schrey in der Unterrichtstätigkeit an die erste Stelle gerückt.

Der Verein für vereinfachte Stenographie System Stolze-Schrey zu Teuchern, der bereits im Jahre 1898 von strebsamen und zielbewußten Bürgern unserer Stadt gegründet wurde, beabsichtigt, in der nächsten Zeit einen neuen Lehrgang in der Kurzschrift einzurichten. (Siehe heutige Anzeige im Inseratenteil.)

R. S.

Verein für vereinfachte Deutsche Stenographie

Wir beabsichtigen in Kürze einen neuen

Stenographie - Anfänger - Kursus

zu eröffnen, Anmeldungen hierzu werden in zu den Uebungsstunden in **Schulzes Restaurant** und beim Vorstand **Rud. Siewert,** Zeitzerstr. 29a entgegengenommen.

Verein für vereinfachte Stenographie System Stolze — Schrey zu Teuchern.

Vortragsvereinigung Teuchern.

Wir laden hierdurch zu einer für die nächsten Monate beabsichtigten, parteilosen Vortragsreihe zu **Sonnabend, d. 13. November 1920 abends 8 Uhr** in Bertholds Restaurant alle Interessenten zu einer Besprechung ein.

Vorläufiger Vortragsplan:

1. Theoretische Volkswirtschaftslehre.
2. Volkswirtschaftspolitik.

Achtung! Achtung!

Tanz-Unterricht.

Gasthof zum grünen Baum nicht mehr Nordeutscher Hof, **Dienstag und Freitag** abends ½8 Uhr, sämtliche Rundtänze, Hiavata sowie moderne Tänze werden gelehrt. Kein Kleiderzwang. Schüler und Schülerinen können noch am Unterricht teilnehmen Auch können sich Aushilfe-Damen zum Ausgleichen der Paare daselbst melden.

Hochachtend

Elly Herold,
Tanzlehrerin.

Stenographie.

In Kürze soll in Teuchern ein **Anfänger-Kursus** nach dem einzig staatlich anerkannten weitverbreitetsten und leistungsfähigen

System „Gabelsberger"

eröffnet werden.

Alle Interessenten werden hierdurch zu einer Besprechung in Berthold's Restaurant am **Freitag, den 12. Nov. abds.** 8 Uhr höfl. eingeladen.

Otto Wittenbecher,
Leiter des Bezirks Zeitz Gabelsberger Stenographen.

Arbeitsnachweis Teuchern

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Gesucht werden:

8 kräftige, mindestens 20 Jahre alte Männer für Arbeiten im Tagebau nach auswärts bis 1. Dezember, Abraumarbeiter über 21 Jahre alt, in etwa 14 Tagen, 1 Magd unter sehr günstigen Bedingungen n. auswärts, 2 Mägde zum 1. Januar, 1 Hofschmied, 1 Dienstmädchen nach Teuchern, 1 Haus- oder Stubenmädchen über 18 Jahre alt nach auswärts, Redegewandte junge Leute zum Verkauf von Bildern mit gutem Verdienst.

Stellen suchen:

Aufwartungen.

Für die zu unserer Silberhochzeit in so reichem Masse dargebrachten Geschenke u. Gratulationen sagen wir allen unseren innigsten Dank.

K. Zwingenberg
und Frau.

Tinte

in allen Farben und versch. Flaschengrössen,

Stempelfarbe,

Stempelkissen

eingetroffen bei

O. Lieferenz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201111-11/fragment/page=0003

Betrifft: Verarbeitung von Kartoffeln in Brennereien, Kartoffel-Trocknereien und Stärkefabriken

Zur Verordnung vom 7. Sept. 1920 (R. G. Bl. S. 1642)

1. **Brennereien.** Der Ankauf von Kartoffeln für Brennereien ist **ohne jegliche Ausnahme auf das strengste untersagt.**

a) Unternehmer **landwirtschaftlicher Betriebe, Genossenschaften** und sonstige Vereinigungen, die eine Brennerei betreiben, dürfen nur **selbstgebaute bezw. von ihren Mitgliedern gebaute Kartoffeln verarbeiten.** In diesen Brennereien dürfen nur soviel Kartoffeln verarbeitet werden, wie einem Drittel des Brennrechts bei einem Verbrauche von 18 Zentner Kartoffeln für das Hektoliter reinen Alkohol entspricht.

b) **Gewerbliche Brennereien** dürfen nur ungesunde **zur menschlichen Ernährung nicht geeignete Kartoffeln** verarbeiten die ihnen von **Kommunalverbänden** als Abfälle **aus den** für Versorgung der Bevölkerung eingelagerten Beständen verkauft wurden. **Auch** die Verarbeitung dieser Kartoffeln **darf nur mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle** erfolgen.

Zu diesem Zwecke haben die gewerblichen Brennereien in jedem einzelnen Falle einen von den Kommunalverbande ihres Bezirks beglaubigten Antrag, aus dem Menge und Herkunft sowie der bezahlte Preis hervorgehen, der Reichskartoffelstelle vorzulegen.

Sämtliche Brennereien unter a) und b) sind dauernd **durch** ständige Revision des Kommunalverbandes streng zu überwachen, damit nicht mehr Kartoffeln verarbeitet werden, als ausdrücklich zugelassen ist.

Bei Zuwiderhandlungen ist unnachsichtlich Anzeige auf Grund des § 3 der Verordnung über die Beschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln vom 7. September 1920 (R. G. Bl. S. 1642) bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

Händlern, die Kartoffeln an Brennereien liefern, ist ohne weiteres wegen Unzuverlässigkeit die Handelserlaubnis auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebensmitteln und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 (R. G. Bl. S. 581) zu entziehen.

2. **Kartoffel-Trocknereien und Stärkefabriken.** Nach den auf Grund des § 2 der Verordnung vom 7. Sept 1920 durch die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. erlassenen Bestimmungen ist auch die Verarbeitung **von** Kartoffeln in Trocknereien und Stärkefabriken stark eingeschränkt.

a) **Kartoffeltrocknereien** dürfen Kartoffeln zum Zwecke der **Verwendung im eigenen Wirtschaftsbetriebe des Herstellers bei Genossenschaften oder andere Vereinigungen im Wirtschaftsbetriebe ihrer Mitglieder** verarbeiten.

Lohntrocknungen dürfen sie nur übernehmen, wenn die **Auftraggeber** selbst **Kartoffelerzeuger** sind und selbstgebaute **Kartoffeln zur Verwendung** im eigenen Wirtschaftsbetriebe **trocknen lassen wollen** oder falls Kommunalverbände die Auftraggeber sind.

b) **Stärkefabriken dürfen Lohnverarbeitungen** nur für **Kommunalverbände** unter den **gewissen** Voraussetzungen **übernehmen.**

Im übrigen dürfen sie grundsätzlich nur 10 Prozent **ihres** von der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft festgesetzten **Jahreskontingents** verarbeiten.

Ich ersuche, auch die im dortigen Kreise belegenen Kartoffel-Trocknereien und Stärkefabriken dauernd durch Revision überwachen zu lassen.

Magdeburg, den 11. Oktober 1920.

Der Vorsitzende der Provinzialkartoffelstelle.

gez. Unterschrift.

Vorstehende Ausführungsbestimmungen bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Weißenfels, den 5. Nov. 1920.

Der Landrat.

Betrifft: Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Gemäß Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 24 Juli 1920 ist die Beschäftigung **ausländischer Arbeitskräfte** nur mit Genehmigung des zuständigen Landesarbeitsamtes gestattet. Alle landwirtschaftlichen Arbeitgeber, die beabsichtigen im Kalenderjahre 1921 Ausländer in ihrer Wirtschaft zu beschäftigen, werden aufgefordert, **spätestens bis zum 1. Dezember** 1920 einen Antrag auf Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte auf dem vorgeschriebenen Antragsformular **an das Landratsamt** einzureichen. Antragsvordrucke sind im Landratsamt erhältlich. Hier findet eine Begutachtung durch die zuständige Kreisarbeitsgemeinschaft statt. Das Landratsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg trifft endgültige Entscheidung.

Alle bisher durch das Landesarbeitsamt erteilten Genehmigungen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erlöschen mit dem 31. Dezember 1920.

Weißenfels, den 8 Nov. 1920.

Der Landrat.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß bei einem **Verkauf eines Kraftfahrzeuges** der Verkäufer die Zulassungsbescheinigung dem neuen Besitzer übergeben hat Des ist nicht angängig. Die Zulassungsbescheinigung ist vielmehr nach einem Verkauf **sofort** dem Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg einzureichen unter Angabe, an wen das Fahrzeug verkauft ist.

Weißenfels, den 6. November 1920.

Der Landrat.

Marken-Ausgabe.

Am **Freitag, den 12. d Mt** nachmittags von 2—3 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Brotmarken** für die Zeit vom 15.—28. November 1920 und die Süßstoffbezugsscheine für die Monate Oktober 1920 bis einsch. Februar 1921 ausgegeben

Teuchern, den 10. November 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Ehrliches braves

Mädchen

sofort gesucht.

Bahnhofswirtschaft Teuchern.

Aeltere Frau

übernimmt Wäschen oder Aufwartung für den Vormittag, näheres **Gartenstr. 8a.**

Ballsp.-Abt. „Teutonia.“

Sonntag, 14. 9. mittag 1 Uhr

Monats-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung.
Wahl des Vorsitzenden.

Der Vorstand.

Volkshochschule.

Elektrizität: Donnerstag, abends 7 Uhr. (Mädchenschule.)
Da sofort mit dem „Rechnen für Elektrotechniker“ begonnen wird, ist es nötig, vollzählig zu erscheinen. Beginn der „Neuenvorlesung heute Abend 7 Uhr im Schulhaus der Zeitzer-Straße. (Bei genügender Beteiligung finden die Vorl. in einem der hiesigen Gasthäuser statt.

Zum 1. Dezember sucht junger Kaufmann

möbl. Zimmer

möglichst mit voller Pension.
Angeb. unt. **W. 98** a. die Exp. d. Bl.

Ein Paar neue

Langstiefel

Größe 29, sind zu verkaufen.
Krössuln 31.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Achtung! Achtung!

Nur 3 Tage

Freitag, d. 12. Sonnabend, d. 13. u. Sonntag, d. 14.

Das grösste Abenteuerfilmwerk aller Zeiten

Zur Vorführung gelangt eine vollständige neue Kopie.

Schiffe und Menschen.

6 Akten Ein sensationelles Abenteuer in **6 Akten**

Bearbeitet nach dem gleichnamigen Roman von Carl Figdor.
Singapore, die Königin der Hafenstädte, auf einem chinesischen Kuli-Dampfer — New-Nork

Aufstand der 1000 Kulis auf dem Transportdampfer

Getrennte Vorführung 6 und 8[30] Kassenöffnung 5[30]
Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie die erste Vorführung besuchen. Erhöhte Preise
Bitte beachten Sie ausgehängte Photos

Ia. amerikanisches Schweineschmalz

empfiehlt **R. Näther.**

Löwen - Lichtspiele

Wiedereröffnungs-Vorstellung

Dienstag und Mittwoch, d. 16. u. 17. November 1920.

Achtung! Achtung!

Gasthof zum Norddeutschen Hof.

Zu unserm am **Sonntag, den 14 November** von nachm. 4 Uhr an stattfindenden

Stiftungsfest

laden wir die geehrte Einwohnerschaft von Teuchern und Umgegend ganz ergebenst ein.

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsgruppe Teuchern.

Hotel zum Löwen.

Freitag, den 12. Novbr. 1920 abends 8 Uhr

Kammermusikabend

des
Schachtebeck - Streichquartett
(Leipziger Gewandhaus)
und der
Klaviervirtuosin
Augusta Schachtebeck - Sorocker.

Nr 1 Quartett in D-moll (Der Tod u. das Mädchen mit Variationen. Franz Schubert
I. Allegro, II. Andante con moto, III. Scherzo, IV. Presto
Nr 2 Zwei Stücke für Cello-Solo mit Klavier
a. Waldesruh Drozak
b. Zigeunertanz Jeral.
Nr. 3. Drei Wiener Weisen für Solo-Violine mit Klavier Robert Fuchs.
a) Verweile doch, Du bist so schön. b) Liebesgruss. c) Heckenrose.
Nr. 4 Quinett für Klavier, 2 Violinen, Viola u. Cello Anton Drozàk.
I. Allegro. II. Dumka. III. Scherzo. IV. Finale.

Einlasskarten sind schon jetzt im Hotel zum Löwen zu haben Antang abds 8 Uhr.

Sonnabend den 6. November sind am Weichne ...bahnhof

zwei Pferdedecken

(gez. S.) gefunden. Gegen ... gebühr abzuholen bei
Rohland, Schelkau.

Seidenpapier

zu haben bei
Otto Lieferenz.

Oeffentl. Lichtbildervorträge. für Volksbildung u. Unterhaltung

Freitag, den 12. November, abends 8 Uhr im **Norddeutschen Hof**

Herr Bitzmann aus Halle über:

Durch die Lande von Kohle und Eisen.

Der Vortragende will an Hand vorzüglicher Lichtbilder eine Fahrt durch das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet schildern und auf die Entstehung und Bedeutung der dortigen Kohlen- und Eiseninduftrie eingehen.

Die Mitteldeutsche Vereinigung für Volksbildung und Unterhaltung.

Gasthof Krössuln.

Zur Ortskirmes.

Sonntag, den 14. Nov. von nachm. 4 Uhr ab und **Montag, den 15. Nov** von nachm. 6 Uhr ab.

—flotte Ballmusik.—

Hierzu ladet freundlichst ein

A. Walther.

*Möbel*haus Große, Leipzig, Liebigstr. 8, I Kein Laden! Ecke der Nürnberger Straße dicht am Bayrischen Bahnhof

verkauft komplette
Schlafzimmer-
Wohnzimmer-
Speisezimmer-
Küchen- . . Einrichtungen
Einzel-Möbel

Gegen bequeme Teilzahlung!!

Direkter Versand nach jeder Station!
Besichtigung unverbindlich
Bei Anfragen Rückporto!

Ein Schäferhund

auf den Namen „Lux“ hörend, abhanden gekommen.
Baderstr. 3.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlich

Kurt Pfeiffer und Braut.

Todesanzeige.

Heute Montag 3 Uhr entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Handelsmann

Edmund Döring

im 50. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gröben, den 8. November.
Beerdigung Freitag nachm. 4 Uhr.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201111-11/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umge[illegible]

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen zu vorbergehenden Tagen in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar am Sonntag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch [illegible] 5,50 M. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 M und durch die Briefträger M. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 134 | Donnerstag, den 11. November 1920. | 59. Jahrgang

Entente-Leben.

Die Lebensverhältnisse in den Ententestaaten lassen viel zu wünschen übrig, sie sind teuer, und [illegible] es auch nicht so arg ist, wie in Deutschland, so ist es doch Tatsache, daß diese siegreichen Völker sich das Leben nach dem Kriege ganz anders gedacht haben, als es heute ist. Die Regierungen haben ihnen ein Paradies auf Erden versprochen, wenn sie aushalten, aber diese Verheißung hat sich nicht verwirklicht. Je nach seiner Lebensauffassung sucht sich jeder die Gründe für diesen Zustand klar zu machen. Die meisten Leute sind wohl ärgerlich, daß Deutschland nicht das zahlt, was sie erwartet hatten, aber ein großer Teil sieht auch ein, daß das besiegte deutsche Reich nicht das übrige Europa schadlos halten kann. Der Weg zum Mitleid oder gar zur Freundschaft ist noch nicht gefunden, aber die Kreise, die nicht von der Politik fanatisiert sind, denken doch, daß die Völker sich nicht für alle Ewigkeit als Sod-

[illegible] der politischen Radikalen und kommunalen Kliquen-Wirtschaft, die die Steuer von sich abzuwälzen wußte, geächzt, und sie leiden jetzt nach dem Ringen erst recht darunter. Die Italiener, die schon an und für sich Egoisten sind, empfinden nur einen sehr beschränkten Patriotismus, und sie sind daher auch von dem Ministerium Giolitti mit Glacehandschuhen angefaßt worden, um eine offene Revolution zu verhüten. Es wäre längst zu derselben gekommen, wenn die Organisationen und die Widerstandskraft der Massen nicht so viel zu wünschen übrig ließen. Jedenfalls ist heute das vorwiegende Gefühl in Italien das der Entrüstung über die Lebensverhältnisse, zu denen die Einnahmen oft in gar keinem Vergleich stehen.

So ist das Volksleben in den drei großen Ententestaaten nicht derart, daß man von einer neuen und großen Aera sprechen könnte. Selbst in England nicht, wo man sich noch am besten mit der gegenwärtigen Lage abzufinden weiß. Kennzeichnend ist, daß in den bolschewistischen Ideen indessen nicht ein Allheilmittel zur Besserung erblickt wird, selbst in Italien nicht. Denn wenn dort Agitatoren diese Lehre verkünden, so sind dies doch mehr Offiziere ohne wirklich gehorsame Truppen. Der italienische Egoismus will auch von der bolschewistischen Suppe das Fett abschöpfen.

Frankreichs Kohlenüberfluß.

Frankreichs Kohlenförderung vor und nach dem Kriege.

Die in der neutralen und in der deutschen Presse aufgetauchten Berechnungen, die zeigten, daß Frankreich einen großen Kohlenüberfluß hat, während man in Deutschland nicht weiß, woher man das notwendigste Brennmaterial nehmen soll, haben Frankreich natürlich sehr unangenehm berührt. In der französischen Presse wurden Gegenrechnungen aufgestellt, die sich zu der Behauptung verstiegen, daß Deutschlands Kohlenversorgung besser sei als die Frankreichs. So rechnet „Journal des Debats" vor, daß Frankreichs Kohlenverbrauch nur 75—77 Prozent des Friedensverbrauches ausmache, während Deutschlands Bedarf fast 82 Proz. ausmache.

Die Zahlen sind natürlich vollkommen falsch und irreführend. Die „Deutsche Allg. Ztg.", die in dieser Frage über ausgezeichnete Sachverständige verfügt, gibt hierzu folgende interessante Zahlen. Sie stellt fest, daß nach der amtlichen französischen Statistik Frankreich 1913 40,8 Millionen Tonnen Kohle selbst gefördert und 18,7 Mill. To. eingeführt, insgesamt also 59,5 Mill. To. jährlich oder rund 5 Mill. To. monatlich verbraucht hat. Nach der dem „Journal des Debats" angegebenen Zahl, die natürlich sehr gering angenommen ist, verbraucht Frankreich jetzt 4,6 Mill. To., also über 90 Prozent des Friedensbedarfs. Rechnet man hierzu noch die 1,7 Mill. To., die Deutschland monatlich nach dem Spa-Abkommen zu liefern hat, so ergibt dies 6,3 Mill. To. monatlich oder 26 Proz. mehr als der Friedensbedarf. Bedenkt man noch, daß durch die auch in Frankreich herrschende Industriekrise der Kohlenverbrauch verringert ist, so kommt man zu der Feststellung, daß Frankreichs Kohlenverbrauch nicht nur vollkommen gedeckt ist, sondern daß das Land noch Ueberfluß an Kohlen hat.

Die Wiederherstellung der zerstörten Gruben.

in den Departements Nord und Pas de Calais macht auch bedeutende Fortschritte. Der Monatsdurchschnitt 1913 betrug in den Gruben des Norddepartements 530 000 To., im August 250 000 To., hat also jetzt bereits, da sie stetig zunimmt, die Hälfte der Friedensförderung erreicht. Manche Gruben sogar fast 90 Prozent, so die Grube von Ostricourt, die im Frieden 62 000, im September 1920 nach „l'Information" bereits 52 000 To. förderte. In zwei Jahren hofft man bereits die Friedensförderung überschritten zu haben, im Departement Pas de Calais, dessen Gruben, wie Lens und Meureste, vier Jahre Mittelpunkt der schwersten Kämpfe waren, ist die Wiederherstellung etwas schwerer, doch will man nach einer Aufzerung Millerands spätestens 1925 die Friedensförderung erreichen. Durch den Friedensvertrag sind den Franzosen weiter auch die völlig unversehrten und sehr

ausgiebigen lothringischen und Saargruben

zugefallen, die natürlich auch eifrig ausgebeutet werden. Nach Saarbrücker Berichten steigert sich die Ausbeutung der Saarkohlengruben durch die Franzosen von Monat zu Monat. Im Monat Oktober wurde die bisher größte Kohlenmenge aus dem Saargebiet nach Frankreich transportiert. Die französische Regierung hat eine Verbilligung der Saarkohle um zehn Prozent eintreten lassen und große Mengen nach Holland, der Schweiz und Italien verkauft.

Und zu gleicher Zeit quält sich das deutsche Volk unter dem ärgsten Kohlenmangel. Nur Arbeit kann uns retten, ohne Kohle aber keine Arbeit, ohne Arbeit schaffen wir keine Werte, und schaffen wir die nicht, so können wir auch keine „Wiedergutmachungszahlungen" an Frankreich leisten. Frankreich schneidet sich also ins eigene Fleisch, wenn es uns die letzte Kohle, die letzte Arbeits- und Wiedergutmachungsmöglichkeit nimmt, während es schon so vor Kohlenüberfluß nicht weiß, wohin damit.

Oberschlesien.

Die Verstärkungen der Franzosen.

Aus Kattowitz wird dem „Deutschen Schnelldienst" geschrieben: Neue Franzosen sind, wie schon gemeldet, unterwegs und zum Teil bereits an Ort und Stelle angelangt. Auch ist die französische Besatzung um nicht weniger als 200 Tanks verstärkt worden, von denen z. B. in Beuthen neulich 17 Stück eingetroffen sind. Pessimisten sehen in diesen Verstärkungen nur eine neue Unterstützung polnischer Unternehmungen, diesseits wie notfalls — nämlich bei Wiederbeginn des Krieges der Sowjets gegen Polen, der jetzt durch den klimatisch leichteren Winterfeldzug gegen Wrangel abgelöst ist — auch jenseits der Grenze.

Richtiger ist wohl die Auffassung, daß der August-Putsch der Polen zu Erörterungen innerhalb der Entente geführt hat, bei denen die Franzosen den Standpunkt eingenommen haben, sie seien militärisch nicht stark genug gewesen, das Geschehene zu verhindern. Nun ist zwar die deutsche Reichswehr mit dem ersten Polenputsch seinerzeit sehr schnell fertig geworden, obgleich sie nicht annähernd so stark war, wie die Franzosen zur Zeit des August-Putsches: in drei Tagen etwa war ja in der Hauptsache die Ordnung wieder hergestellt. Gleichwohl scheint die Begründung der Franzosen für ihre Haltung in den kritischen Tagen international anerkannt worden zu sein: sie haben auch wohl die Zusicherung erteilt, daß eine Neuauflage der Augusttage sich bis zur Abstimmung nicht wiederholen solle und so haben sie jetzt Verstärkungen herangeholt, sei es, um nachträglich glaubhaft zu machen, daß sie damals in der Tat zahlenmäßig nicht auf der Höhe waren, sei es, um wirklich überall schnell in hinlänglicher Stärke zur Stelle sein zu können, etwaigen neuen Unfug im Keim zu unterdrücken. Dazu können ja namentlich die Tanks ganz gut sein.

Die bedrohte Abstimmungsfreiheit.

Auch die Aussicht hierauf belebt indessen die Besorgnis der Oberschlesier um die Freiheit der Abstimmung selbst durchaus nicht. Die Dinge liegen doch so, daß die Korfanty-Garde mit modernen Feuerwaffen nach wie vor reichlich ausgestattet ist. Den Deutschen hat man ihre Waffen, soweit sie welche hatten, weggenommen, wobei natürlich nur das zur Sicherung der Betriebe oder abseits Wohnender gegen Einbrecher usw. in unsicheren Zeiten Unentbehrlichste in Betracht kam. Denn eine systemathische Bewaffnung Deutschgesinnter, wie die Polen sie bei ihren Leuten vorgenommen haben, hat ja nie stattgefunden. An der Bedrohung der deutschgesinnten Bevölkerung, die latent seither besteht, wird auch dadurch nichts geändert, daß man jetzt vereinzelt und zögernd den Werksbeamten usw. ihre ihnen seinerzeit abgenommenen Brownings usw. zurückgegeben hat.

Wenn es so bleibt, wie die Dinge jetzt liegen, so fürchtet man nicht ganz ohne Grund, daß bei der Abstimmung zum mindesten auf dem flachen Lande ein toller Terror die Deutschen einfach hindern wird, zur Urne zu gehen. Die Franzosen müßten ganz anders auftreten als seither, um eine Abstimmung, bei der jedermann seinem Willen ohne Scheu Ausdruck geben könnte, zu ermöglichen.

Was Deutschland fordern muß.

Das Ungeheuerliche der Bedrohung der deutschen Bevölkerung durch bewaffnete Polen muß unter allen Umständen bis dahin aufgehört haben. Hat man den Deutschen ihre wenigen Waffen abgenommen, so sollen auch die Polen ihre vielen hergeben; wenn Ernst gemacht wird mit der Anwendung der entsprechenden Mittel auch auf sie, so ist das durchzusetzen.

Am Abstimmungstage müssen die Straßen im Abstimmungsgebiet unter scharfer Kontrolle gehalten werden; die neuangekommenen Tanks sind dazu vorzüglich geeignet. Gut wäre es ferner, wenn die Abstimmung in den Städten vorgenommen würde; die Landbevölkerung ist so wie so daran gewöhnt, den Weg dorthin wiederholt in der Woche zurückzulegen.

Sehr viel zur Beruhigung der Bevölkerung für den Abstimmungstag würde es beitragen, wenn die Aufrechterhaltung der Ordnung in der kritischen Zeit

Überall in Oberschlesien gemischten Kommandos der Besetzungsmächte übertragen würde. Die sog. Abstimmungspolizei, die nur zu einem Drittel mit Gewehren und im übrigen mit vorsintflutlichen Revolvern und Schleppsäbeln bewaffnet ist, genügt nicht zur Sicherung der Wahl. Auch muß allen internationalen Interessenten gegenüber deutscherseits kein Zweifel darüber gelassen werden, daß nur das Ergebnis einer freien Wahl auf den Grad von Anerkennung rechnen darf, auf den eine Abstimmung der in Aussicht genommenen Art politisch überhaupt Anspruch erheben kann.

Zur Lage.

° **Die Uebertritte nach Litauen.** Da in den Reichstagsverhandlungen die Frage des Uebertritts deutscher Mannschaften nach Litauen eine gewisse Rolle gespielt hat, nahm ein Vertreter des „Deutschen Schnelldienstes" Gelegenheit, mit dem ostpreußischen Reichstagsabgeordneten Bartschat (Dem.), einem genauen Kenner der Verhältnisse, über die Angelegenheit zu sprechen. Dieser erklärte: „Alle Nachrichten über den Uebertritt deutscher Mannschaften nach Litauen sind übertrieben. Anfang Oktober ist ein Zug von 80 Mann und dann noch ein Zug von 120 Mann über die Grenze gegangen. Ein dritter Zug wurde angehalten. Der Leutnant wurde verhaftet und die Truppe zum größten Teil abgefangen. Einzelne Personen sind allerdings über die Grenze gekommen, aber nur wenige. Alle Behauptungen, daß Maschinengewehre und schwere Geschütze über die Grenze gebracht worden sind, sind unrichtig. Das ganze Gerücht ist durch einen russischen Agenten aufgebracht worden. Nachdem festgestellt war, daß es von ihm ausging, und er festgenommen war, sagte er bei seiner Vernehmung aus, daß er selber nichts gesehen habe, sondern nur vom Hörensagen etwas wisse. Zum Schutze der Grenze sind jetzt drei Schwadronen Reichswehr der Sicherheitspolizei beigegeben worden, so daß von weiteren Uebertritten keine Rede mehr sein kann. Seit dem 15. Oktober, also seit drei Wochen, ist überhaupt kein Uebertritt mehr erfolgt. Der Oberpräsident Siehr hat sofort die nötigen Maßnahmen getroffen, so daß alles in Ordnung ist."

° **Polnische Hetze in Schlesien.** Wie die polnische Irredenta genährt wird, geht aus einer Mitteilung des Schlesischen Heimatdienstes hervor, nach der jetzt bereits in den polnischen Buchhandlungen Posens und in den Grenzgebieten Schlesiens Landkarten ausgehängt werden, in denen alle Orte Schlesiens rechts der Oder mit polnischen Namen eingetragen sind. Was in diesem Gebiet liegt, wird als „unerlöstes" Gebiet bezeichnet. Ferner soll von polnischer Seite in den nächsten Monaten mit Hilfe ausländischen Geldes eine starke Ansiedlung polnischer Landwirte im unbesetzten Schlesien

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201111-11/fragment/page=0005